

## **Gemeinsamer Resolution Nr. 01**

von Gemeinsam - Alternative, Unabhängige und Grüne Gewerkschafter:innen,  
von Links Wien,  
der Kommunistischen Gewerkschaftsinitiative International,

an die 182. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 13. November 2024

### **Resolution für eine starke Interessensvertretung**

**Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien setzt sich für eine offene Gesellschaft ein. Die Arbeiterkammer vertritt gemeinsam die Vielen, ohne zu spalten: alle Arbeitnehmer:innen, egal mit welchem Beruf, egal mit welcher Staatsbürgerschaft oder Parteizugehörigkeit. Der Einsatz für die gesetzliche Mitgliedschaft sowie die Unterstützung der Gewerkschaften gehören zu unserem Selbstverständnis. Auch abseits der Vollversammlung setzen wir uns in all unseren Wirkungskreisen, solidarisch dafür ein, die Arbeiterkammern und Gewerkschaften zu stärken und damit die Interessen der Beschäftigten zu fördern, für ihre demokratischen Rechte, für ein gutes Leben in Wohlstand für alle im Einklang mit der Natur und dem Klimaschutz. Wir stellen uns gegen Hetze und Ausgrenzung und stehen hinter den Institutionen der Beschäftigten.**

Wahlen sind ein Ausdruck der gelebten liberalen Demokratie. In den meisten Fällen zeigen sie keine klaren Mehrheiten, sondern spiegeln die unterschiedlichen Stimmanteile der Parteien wider. Bei der Nationalratswahl 2024 ging etwa ein Drittel der Wahlberechtigten Stimmen an die FPÖ. Berücksichtigt man die Nichtwähler:innen, wird dieser Anteil noch einmal deutlich kleiner. Dennoch gibt es seit dem Wahlergebnis Stimmen, die den Wahlerfolg der FPÖ fälschlicherweise als Ausdruck der Mehrheit, als die Stimme des gesamten Volkes darstellen. Dagegen müssen wir entschieden Stellung beziehen.

Rechtsextreme aber auch verstärkt konservative Parteien neigen dazu, in ihren öffentlichen Aussagen die Gesellschaft zu spalten, sowie demokratische Errungenschaften zu negieren oder gar zu bekämpfen. Institutionen der Beschäftigten, wie die Arbeiterkammern und Gewerkschaften stellen sie infrage.

Die rechtsextreme FPÖ steht für eine menschenfeindliche Politik. Die Rhetorik der FPÖ-Nationalrats-Abgeordneten ist zum Teil extremistisch, viele der Werte der FPÖ sind Teil rechtsextremer Programmatik. Auch gibt es immer wieder Nähe von Personen der FPÖ zum nationalsozialistischen Gedankengut.

Die rechtsextreme FPÖ steht für eine arbeitnehmer:innenfeindliche Politik. Das hat sie seit jeher unter Beweis gestellt, sei es mit Lohn- und Sozialdumping, Streichung von Sozialleistungen, Schwächung des Arbeitnehmer:innenschutzes, oder Hetze gegen Arbeitslose. Stattdessen setzt sich die FPÖ für Immobilienkonzerne, generell für Besserverdienende ein.

Doch nicht nur die FPÖ, sondern auch andere Parteien wie die NEOS und ÖVP haben Äußerungen getätigt, die als Versuch, zu spalten und gegen die Interessensvertretung der Arbeitnehmer:innen zu hetzen, gewertet werden müssen. Egal welche Partei, wenn die Rechte und Institutionen von Arbeitnehmer:innen geschwächt werden sollen, werden wir gemeinsam gegensteuern.

Für uns AK Rätinnen ist es von zentraler Bedeutung, die demokratischen Werte hochzuhalten und einen demokratischen Ansatz in der Meinungsbildung zu verfolgen: Meinungs austausch ohne Hetze oder bewusste Falschinformation. Wir setzen uns für ein Miteinander der Arbeitnehmer:innen und einen solidarischen Umgang ein. Die Verteidigung einer offenen, freien, solidarischen Gesellschaft gegen die Hetze von rechtsextremen Bewegungen, nicht nur in Österreich, sondern auch EU-weit, sehen wir, vor allem

vor dem Hintergrund einer Erstarbung der Rechten in Europa und in Österreich als unsere Pflicht an. Wir stehen zu 100 Prozent hinter den politischen Interessensvertretungen wie die Arbeiterkammern und Gewerkschaften und damit auch zu deren gesetzliche Mitgliedschaft und die notwendige Kammerumlage, und werden diese Errungenschaften mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und in all unseren Wirkungskreisen verteidigen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich